

9./4. 1918.

### Eine Kundgebung des Verbandes Sächsischer Industrieller zur Frage der Kriegsentuschädigung.

In der Sitzung des Gesamtvorstandes des Verbandes Sächsischer Industrieller vom 23. März fand aus Anlaß der Besprechung der Friedensverträge mit der Ukraine und Groß-Rußland eine eingehende Aussprache über die Bedeutung der Erlangung einer Kriegskostenentschädigung für die Wiederrichtung des deutschen Wirtschaftslebens statt, als deren Ergebnis die Veröffentlichung einer Kundgebung beschlossen wurde, in der es heißt:

Gerade die Hartnäckigkeit der Entente hat eine völlig nutzlose Verlängerung des Krieges und dadurch eine derartige Steigerung der Kriegskosten verursacht, daß, im Falle diese Schuldenlast von uns allein zu tragen ist, dies einer Bedrohung des deutschen Wirtschaftslebens der Zukunft gleichkommt, die den von England gewollten Endzweck der Niederringung der wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands herbeiführen kann. Man macht sich in der Öffentlichkeit wohl noch immer keine rechte Vorstellung von der Höhe der steuerlichen Belastung, die bei einem Ausgang des Krieges ohne Entschädigung zu erwarten ist. Auf Grund vorliegender Berechnungen ist neben dem laufenden Friedensbedarf von 4,8 Milliarden eine künftige jährliche Mehrbelastung von 14,8 Milliarden Mark, insgesamt also 19,6 Milliarden Mark im Reich, Staat und Gemeinde zu erwarten, was nach vorliegenden Berechnungen bei Ausbringung der 19,6 Milliarden Mark durch direkte Einkommensteuer mehr als 60 v. H. des gesamten deutschen Einkommens in Anspruch nehmen würde. Kapitalisiert man die jährlichen Lasten von 19,6 Milliarden zu 5 v. H., so ergibt sich eine Kapitalschuld von 392 Milliarden, also weit mehr als das ganze deutsche Nationalvermögen vor dem Kriege betrug. Eine solche Belastung würde selbstverständlich eine vollständige Lähmung der Produktion und des Unternehmungsgeistes und damit einen völligen Niedergang unseres Wirtschaftslebens mit sich bringen.

Eine starke Erhöhung der Belastung mit indirekten Steuern erscheint an sich unabwendbar, wenn wir keine Kriegsentuschädigung erzielen; sie würde aber eine weitere bedrohlichere Steigerung der Kosten der Lebenshaltung und damit eine gewaltige Erhöhung der Löhne herbeiführen. Die Arbeiter würden jedoch von den Lohnerhöhungen gegenüber der Verteuerung des Lebensunterhaltes keinen Vorteil haben, vielmehr infolge dieser Verteuerung ihre bisherige Lage nicht aufrechterhalten können. Dagegen würde unserer Industrie die Konkurrenz auf dem Weltmarkte außerordentlich erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Die deutsche wirtschaftliche Zukunft verlangt aber gerade gebieterisch eine Wiederbelebung der Ausfuhr. Schon jetzt kommt die amerikanische und die japanische Konkurrenz für die meisten am Export beteiligten Zweige der sächsischen Industrie in gefährlicher Weise auf. Auch die Vorschläge, die eine starke Steuerergiebigkeit aus der Industrie dadurch herbeiführen wollen, daß durch Syndizierung und Zusammenfassung der einzelnen Unternehmungen eine sog. „rationelle Produktionsweise“ eingeführt wird, müssen abgelehnt werden, denn sie würden im Fall ihrer Durchführung die sächsische Industrie ihrer Selbständigkeit berauben und das deutsche Wirtschaftsleben in die Abhängigkeit einiger führender Konzerne bringen.